

Redebeitrag

Plenum, 23. November 2015

Dok. 49 (2015-2016) Resolutionsvorschlag an das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung der angewandten Normen im Straßenbau und der Kontrollverfahren bei Abnahmen von Projekten sowie zur Abänderung der Dauer der Garantieleistung der Bauunternehmer
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

ein Resolutionsvorschlag gerichtet an die Verantwortlichen der Wallonischen Region bezüglich ihrer Verantwortung im Bereich Straßenbau.

Dieser Tagesordnungspunkt ist der erste seiner Art.

Der erste seiner Art, weil er der erste Resolutionsvorschlag der Vivant Fraktion ist, welcher nicht gleich im Ausschuss abgelehnt wurde, sondern bei dem die Kollegen endlich mal Erkenntnis gezeigt haben und einem Resolutionsvorschlag der Vivant Fraktion den Weg frei gegeben haben, damit dieser hier ins Plenum kommt.

Meine Damen und Herren,

Belgien ist bekannt für seine leckeren Fritten, sein gutes Bier und leider auch für seine schlechten Straßen.

Seit Jahrzehnten sind die Straßen auf dem Gebiet der wallonischen Region in einem desolaten Zustand.

Fraktion im PDG V.o.G.

Obwohl Autobahnen beleuchtet sind, über dessen Sinn und Unsinn man sicherlich streiten kann, obwohl man die Autofahrer mit horrenden Steuern zur Kasse bittet, schafft man es nicht die Straßen in Ordnung zu halten, im Gegenteil.

Teilweise erinnert der Zustand unserer Straßen, und in einigen Eifel-Gemeinden ist dies bittere Realität, an Verhältnisse wie in Drittweltländern.

Aufgrund dieser Missstände und der teilweise unzumutbaren Situation für Bürger und Autofahrer, hatte die VIVANT Fraktion im Frühjahr einen Resolutionsvorschlag an das Parlament und an die Regierung der wallonischen Region eingereicht.

ZUR ABÄNDERUNG DER ANGEWANDTEN NORMEN IM STRASSENBAU UND DER KONTROLLVERFAHREN BEI ABNAHMEN VON PROJEKTEN SOWIE DIE ABÄNDERUNG DER DAUER DER GARANTIELEISTUNG DER BAUUNTERNEHMER.

So auch der ursprüngliche Titel des Vorschlages.

Ziel dieses Resolutionsvorschlages war es, nicht einfach so wie es Vertreter der klassischen Politik gerne tun, zu fordern, dass mehr Geld in den Straßenbau fließt und die eine oder andere Straße saniert werden müsste.

Nein, unser Vorschlag ging tiefer.

Wenn Straßen, welche erst vor einigen Jahren komplett saniert wurden, bereits nach kürzesten Zeitspannen erneut schadhafte Stellen aufweisen, dann liegt es nahe, dass diese immer wiederkehrenden Schäden in erster Linie im Material und der Konstruktionsart liegen.

Also entweder sind die entsprechenden Normen für Material und Aufbau ungeeignet oder die entsprechenden Kontrollen nach Ausführung der Arbeiten sind unzureichend.

Und somit war unsere Forderung, dass:

Die entsprechenden Normen und Kontrollverfahren im Straßenbau gründlich überprüft werden müssen und entsprechend der Langlebigkeit und Sicherheit abgeändert werden.

Und es sollte eine verlängerte und strikt bindende Garantieleistung durch die ausführenden Bauunternehmen in Form einer zeitlich festgelegten Lebens-/ bzw. Nutzungsdauer eingeführt werden.

Denn zurzeit gibt es nur eine Garantieleistung von 5 Jahren. Jedem Laien leuchtet es ein, dass dies viel zu gering ist, wo liegt denn da die Motivation für den ausführenden Unternehmer etwas solides langanhaltendes zu bauen.

Generell ist festzustellen, dass es im Straßenbau an Wettbewerb fehlt. Auch Bürgermeister der DG beschwerten sich, dass Angebote oft über den angeschlagenen Preisen liegen, dies wurde auch im Ausschuss angesprochen und ist allgemein bekannt.

Auch ist das System der Bauabnahmen in verschiedenen Bereichen fraglich, so z.B. bei Abnahmen von Gemeindebauten. Bei einigen Gemeinden der DG ist es einfachen Ratsmitgliedern der Opposition nicht gestattet an diesen Bauabnahmen teilzunehmen.

Wir haben dies hier vom juristischen Dienst prüfen lassen und effektiv darf das Gemeindegremium dies so handhaben.

Warum sollte das Kollegium es einem Ratsmitglied verweigern bei einer Bauabnahme anwesend zu sein?

Hier gilt also ebenfalls Handlungsbedarf. Wir prüfen zu Zeit wie wir mittels einer politischen Forderung, im Sinne der allgemeinen Transparenz, welche ja auch immer wieder seitens der Mehrheit zitiert wird, in diesem Fall Abhilfe schaffen können.

Was die anderen Elemente unseres Resolutionsvorschlages angeht, so waren wir uns auch teilweise im Ausschuss einig, dass die Missstände da sind, wäre ja auch schwer diese zu leugnen, und dass der Zustand der Straßen nach einer Verbesserung schreit.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Mehrheitskollegen haben sogar einige vernünftige zusätzliche Elemente mit eingebracht, so z.B. die Bedeutung des regelmäßigen Unterhaltes der Straßen.

Bis der Übermut wieder einmal Einzug hielt.

Und einige Mehrheitskollegen unseren sachlichen Resolutionsvorschlag dazu missbrauchten, um an die unredliche Grundsatzerklärung vom Juni 2011 zu erinnern, und wie sagte es Herr Lambertz so schön:
„Diese Resolution als Einstieg der Übernahme des regionalen Straßenbaus durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zu nutzen.“

Man will also alles selber machen, ob man dies kann ist bekanntlich eine andere Frage.

Aber Vorsicht: falls man den Straßenbau von der wallonischen Region übernimmt, sind auch die Autobahnen auf dem Gebiet der DG mit inbegriffen. Und das könnte richtig teuer werden, denn wenn z.B. eine Autobahnbrücke saniert werden müsste, könnte dies fast einen ganzen Jahreshaushalt der DG kosten.

Das wissen die Mehrheitskollegen auch, erwähnten dies im Ausschuss, und ruderten dann wieder etwas zurück.

Man strebt eine Übernahme der Zuständigkeit für den regionalen Straßenbau natürlich mit den entsprechenden Finanzmitteln an, aber bei der Aufgabenverteilung an die Regierung der DG, ist man dann etwas vorsichtiger und setzt im Text bei der Übernahme der Zuständigkeiten, mit Ausnahmen der Autobahnen, in Klammern ein.

Unser sachlicher Resolutionsvorschlag der als Ziel hatte, einen Missstand zu verbessern und dies für das gesamte Gebiet der Wallonischen Region, wurde zu einer politischen Forderung degradiert.

Das eigentliche Ziel unseres Vorschlages eine Verbesserung der Situation für die betroffenen Bürger und Kosteneinsparungen für die öffentliche Hand, wurde nicht nur verfehlt, nein das

Fraktion im PDG V.o.G.

eigentliche Ziel wurde verbannt und fiel einer politischen Illusion zum Opfer, welche weder vernünftig noch finanzierbar ist.

Und interessant ist wieder einmal, die Meinung der Bürger scheint niemanden hier schwer zu interessieren, auch wenn man immer wieder den Anschein gibt und von Bürgerbeteiligung spricht.

Im Jahre 2011, haben 39 Prozent der Befragten DG Bürger in einer repräsentativen Umfrage, welche die DG Regierung selbst in Auftrag gegeben hat, angeben sie seien für mehr Zuständigkeiten für die DG.
3 Jahre später, waren es, trotz massiver Regierungspropaganda, nicht mehr als 32 %, also weniger als ein Drittel.

Also heißt das, dass 68% der Bürger keine weiteren Zuständigkeiten wollen.

Und wie sah dies der damalige Regierungschef:
Er meinte, dass hier noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten wäre.

Da kann man nur sagen: Wie bitte!?! Die Bürger geben ein klares Votum und die Regierung ist dann der Meinung,
oh dann müssen wir weiter werben und die Leute versuchen zu überreden.

Meine Damen und Herren,

die Bürger verstehen mehr und mehr, dass weitere Zuständigkeitsübertragungen nicht immer zu einem Mehrwert hier vor Ort führen.

Die sechste Staatsreform zeigt, dass die Vernunft oft für politische Spielchen geopfert wird. Und zahlen kann am Ende der Bürger.
Beispiele gibt es hier zur Genüge.

Meine Damen und Herren,

wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.
Dies gilt auch hier in diesem Bereich.

Mit unserem ursprünglichen Vorschlag wollten wir diesem Grundsatz gerecht werden.

Die politische Illusion, alles selber machen zu wollen, mehr Macht an sich zu reißen und sich dafür auch noch vom belgischen Steuerzahler bezahlen zu lassen, werden wir nicht unterstützen.

Und so ist dies heute hier im Hause wieder einmal eine Besonderheit, die ursprünglichen Autoren können ihren eigenen Vorschlag, den andere ihnen abgenommen und für eigene Zwecke missbrauchen, nicht zustimmen.

Die Diskussion heute hat eins wieder einmal schön gezeigt.
Bei der klassischen Politik geht es nicht um Verbesserungen oder um das Aufklären von Missständen, oder um die Bürger, die Menschen da draußen, nein der klassischen Politik geht es nur um den Anspruch auf Macht.

Alle weiteren wesentlichen Elemente zu diesem Thema entnehmen Sie aus unserem ursprünglichen Text und unseren diesbezüglichen Pressemitteilungen vom März diesen Jahres.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit